



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Ursula Sowa, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoglu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Wohnraumförderung statt Kaufzulagen
(Kap. 09 04 Tit. 893 04, 893 05 und 863 69)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 04 werden pro Haushaltsjahr die Titel 893 04 „Zuschüsse für die Bayerische Eigenheimzulage“ in Höhe von 150 Mio. Euro und 893 05 „Zuschüsse für das Baukindergeld BayernPlus“ in Höhe von 37,5 Mio. Euro gestrichen.

Der Tit. 863 69 „Darlehen des Landes für die Wohnraumförderung gemäß dem Landesrecht BayWoFG“ wird jeweils um 187,5 Mio. Euro auf 542,5 Mio. Euro erhöht, um zusätzliche Darlehen in den Bereichen Wohnraum- und Studentenwohnraumförderung bewilligen zu können.

Begründung:

Bayern braucht jährlich 70.000 neue Wohnungen. Mit dem Werkzeugkasten für mehr bezahlbares Wohnen will die Staatsregierung sowohl den freifinanzierten als auch den öffentlich geförderten Wohnungsbau mit staatlichen Investitionen anschieben. Bis 2025 sollen so 500.000 Wohnungen entstehen. Doch bei den tatsächlichen Fertigstellungen hängt man der Zielmarke von 70.000 Wohnungen schon seit Jahren hinterher, vor allem, wenn man einen Blick auf den geförderten Mietwohnungsbau wirft. Gab es im Jahr 1988 noch 495.240 Sozialwohnungen im Freistaat, ist der Bestand bis 2016 auf 138.000 gesunken. Mit der bayerischen Eigenheimzulage sowie dem Baukindergeld Plus legt die Staatsregierung den Fokus der Wohnraumförderung weiterhin auf den Eigentümerwerb.

Menschen mit kleinen oder mittleren Einkommen, die in den Städten und Ballungsräumen nach Wohnraum suchen, hilft das nicht weiter. Im Gegenteil, das Frühjahrsgutachten des Rats der Immobilienweisen bestätigt, dass das Baukindergeld als zusätzlicher Preistreiber wirkt. Statt staatlicher Subventionspolitik, die ins Leere läuft, muss dem sozialen Wohnungsbau, vor allem der Errichtung von erschwinglichen Mietwohnraum, endlich Vorfahrt eingeräumt werden.